

Satzung für den „Touristik-Information“ Fremdenverkehrsverein Freden (Leine) e.V.

1. Name

Der Verein führt den Namen „Touristik-Information“ Fremdenverkehrsverein Freden (Leine) e.V. und hat seinen Sitz in der Gemeinde Freden (Leine). Er soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Alfeld (Leine) eingetragen werden. Der Verein kann Mitglied des Verkehrsvereins Leinebergland e.V. sein. Er strebt eine gute nachbarliche Verbindung zu den räumlich angrenzenden Verkehrsvereinen an.

2. Allgemeine Aufgaben

Der Verein hat die Aufgabe, den örtlichen Fremdenverkehr in Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der Naherholung zu fördern. Er soll sich der Landschaftspflege und des Landschaftsschutzes annehmen und den als Erholungsgebiet geeigneten Raum so gestalten, dass dem Menschen eine naturgemäße Erholung möglich ist. Er soll dies erreichen durch:

- a.) die Wahrnehmung der örtlichen Interessen des Fremdenverkehrs gegenüber Behörden, Parlamenten sowie Verbänden und Vereinigungen,
- b.) die örtliche Fremdenverkehrswerbung,
- c.) die Betreuung der Gäste, zu deren Wohl Einrichtungen unterhalten und vermehrt werden sollen,
- d.) die Erhaltung und Verschönerung des Ortsbildes, die Mitwirkung bei der Erhöhung des Freizeitwertes und die Bemühungen um die Gesundheitsfürsorge und den Umweltschutzes
- e.) die Aufklärung der einheimischen Bevölkerung über die Erfordernisse des Fremdenverkehrs,
- f.) die Erschließung der heimatlichen Schönheiten.

3. Gemeinnützige Tätigkeitsbasis

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und erstrebt keinen Gewinn. Sein Zweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtet. Sofern sich Überschüsse ergeben, werden diese zur Erfüllung der Aufgaben verwendet. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen oder sonstige unmittelbare Leistungen aus Mitteln des Vereins.

4. Ordentliche Mitgliedschaft

- a.) Ordentliche Mitglieder können Personen, Firmen und Institutionen werden, sofern sie die Satzung anerkennen und nach ihr handeln wollen.
- b.) Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet der Vorstand auf Grund eines schriftlichen Antrages.

- c.) Die Mitgliedschaft endet durch einfache schriftliche Kündigung des Mitgliedes zum Schluss des Geschäftsjahres bei Einhaltung einer Frist von drei Monaten.
- d.) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Geschäftsaufgabe, Wegzug, Wegfall der Geschäftsgrundlage oder durch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.
- e.) Ein Mitglied kann ferner durch den Vorstand ausgeschlossen werden, wenn vereinschädigendes Verhalten und Missachtung der Satzung vorliegen. Berufung an die Mitgliederversammlung ist zulässig.

5. Sonstige Mitgliedschaft

Zu Ehrenmitgliedern können von der Mitgliederversammlung solche Personen gewählt werden, die sich um die Förderung der Vereinsziele besondere Verdienste erworben haben.

6. Rechte der Mitglieder

- a.) Die Mitglieder sind aufgefordert, durch Vorschläge und Anregungen die Vereinsarbeit zu fördern.
- b.) Die Mitglieder nehmen an der Mitgliederversammlung teil, können Anträge zur Abstimmung stellen und sich in die Organe des Vereins wählen lassen. Die bestimmen durch Mehrheitsentscheidung die Grundlinien der Vereinsarbeit.

7. Pflichten der Mitglieder

- a.) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Bestimmungen der Satzung einzuhalten, den Vorstand in seiner Tätigkeit zu unterstützen und dem Verein erforderliche Auskünfte zu geben. Sie sind aber auch zur aktiven Unterstützung bei Einrichtungen von Wanderwegen, Schutzhütten, Parkplätzen und ähnlichen Einrichtungen des Vereins angehalten.
- b.) Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, die festgelegten Beiträge ordnungsgemäß zu entrichten.

8. Mitgliederversammlung

- a.) Die Mitgliederversammlung soll im 1. Quartal des Geschäftsjahres erfolgen und muss von dem Vorsitzenden jährlich einmal einberufen werden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung hat stattzufinden, wenn der Vorstand es für erforderlich hält oder wenigstens 1/10 der Mitglieder dieses schriftliche mit Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Die Versammlungen sind jeweils zwei Wochen vorher schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen.
- b.) Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Ein Mitglied kann sich mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen, wobei ein Vertreter nicht mehr als insgesamt drei Vollmachten vorweisen darf. Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der Stimmen,

abgesehen von den in Nr. 14 und 15 festgelegten Fällen. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Enthaltungen werden nicht mitgezählt.

- c.) Anträge aus den Kreisen der Mitglieder müssen mindestens eine Woche vorher dem Vorstand schriftlich und begründet eingereicht werden.
- d.) Die Mitgliederversammlung wird von dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter oder einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet. Die Tagesordnung muss bei der Mitgliederversammlung (§ 32 BGB) folgende Punkte enthalten:
 - aa.) Jahresbericht
 - bb.) Aufstellung des Haushaltsplanes
 - cc.) Rechnungslegung gegenüber der Mitgliederversammlung
 - dd.) Verwaltung des Vereinsvermögens
 - ee.) Einsetzung von Ausschüssen.
- e.) Zur Erledigung laufender Geschäfte von nicht grundsätzlicher Bedeutung kann der Vorstand einen engeren Vorstand bilden.

9. Vorstand

- a.) Der Vorstand im Sinne dieser Satzung besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Kassenwart und dem Schriftführer (zugleich Pressewart), mit beratender Stimme ferner ein Vertreter der Gemeinde Freden und je ein Vertreter der Forstgenossenschaft Groß- und Klein-Freden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Vorsitzende leitet alle Verhandlungen und Vereinsgeschäfte im Rahmen dieser Satzung.
- b.) Vorstand im Sinne des § 26 des BGB sind der 1. Vorsitzende und sein Stellvertreter. Jeder ist zur alleinigen Vertretung berechtigt.
- c.) Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Mitgliederversammlung auf 3 Jahre; der Vorstand bleibt nach Ablauf seiner Amtsdauer solange im Amt bis ein neuer Vorstand gewählt ist; die Wiederwahl ist zulässig.
- d.) Die Sitzungen des Vorstandes finden nach Bedarf statt. Die Einladungen zu den Sitzungen erfolgen schriftlich, in der Regel zwei Wochen, in dringenden Fällen aber mindestens drei Tage vorher unter Angabe der Tagesordnung.
- e.) Der Vorstand ist beschlussfähig bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder. Über die Verhandlungen ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das von den Anwesenden zu unterzeichnen ist.
- f.) Der Vorstand hat folgende Aufgaben:

Der Vorstand hat die Leitung des Vereins zur Erfüllung der in dieser Satzung gestellten Aufgaben. Insbesondere zählen zu seinen Obliegenheiten:

 - aa.) Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Durchführung ihrer Beschlüsse.
 - bb.) Aufstellung des Haushaltsplanes
 - cc.) Rechnungslegung der Mitgliederversammlung,
 - dd.) Einsetzung von Ausschüssen.
- g.) Zur Erledigung laufender Geschäfte von nicht grundsätzlicher Bedeutung kann der Vorstand einen engeren Vorstand bilden.

10. Beirat

- a.) Der Beirat besteht aus dem Vorstand und von der Mitgliederversammlung zu wählenden Vereinsmitgliedern.
- b.) Die Mitglieder des Beirates werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Eine unbegrenzte Wiederwahl von Beiratsmitgliedern ist zulässig. Nach Fristablauf bleiben die Beiratsmitglieder bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger im Amt.
- c.) Der Beirat unterstützt und berät den Vorstand in seiner Arbeit.

11. Rechnungslegung

- a.) Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Rechnungsprüfer und einen Stellvertreter für die Dauer von zwei Jahren. Im Wechsel erfolgt jährlich die Wahl eines neuen Rechnungsprüfers für einen ausgeschiedenen.
- b.) Die Aufgabe der Rechnungsprüfer besteht in der Prüfung der sachgerechten Finanzgebahrung des Vorstandes einschließlich der Geschäftsführung; sie berichtet darüber vor der Mitgliederversammlung.

12. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

13. Beiträge

Die Höhe der Beiträge wird durch die Mitgliederversammlung geregelt. Die Höhe der Beiträge wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen oder geändert. Wenn ein solcher Beschluss gefasst werden soll, ist dies als Tagesordnungspunkt im Einladungsschreiben anzugeben.

14. Änderung der Satzung

- a.) Änderungen der Satzung erfordern eine Mehrheit von mindestens 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten.
- b.) Beschlüsse der Mitgliederversammlung:
 - aa.) über Änderungen solcher Bestimmungen der Satzung, welche den Zweck über die Vermögensverwaltung des Vereins betreffen,
 - bb.) über die Verwendung des Vermögens des Vereins bei Wegfall des bisherigen Zwecks. Diese sind vor Inkrafttreten dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen und dürfen erst nach dessen Zustimmung ausgeführt werden.

15. Auflösung des Vereins

- a.) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer diesem Zweck besonders einberufenen Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit beschlossen werden und verlangt die Anwesenheit von mindestens 2/3 aller Mitglieder.
- b.) Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an die Gemeinde Freden (Leine).

16. Inkrafttreten der Satzung und Tätigkeitsbeginn

- a.) Die Satzung tritt in Kraft, sobald sie von der Gründungsversammlung (Mitgliederversammlung) ordnungsgemäß beschlossen ist.
- b.) Die Tätigkeit des Vorstandes beginnt mit dem Tage, an dem der Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt worden ist.

Freden, den 20. Oktober 2009

gez. Paulat gez. Heimann